

Bruno Wille

Der 1. Oktober

Sächsische Arbeiterzeitung Nr. 88, 23. Juli 1890

An dieses Datum knüpfen sich mancherlei Erwartungen, sowohl der Genossen, als auch unserer bürgerlichen Gegner. Mit schadenfroher Neugier blicken letztere auf die persönlichen und taktischen Differenzen, welche nach den letzten Wahlen in unserer Partei aufgetaucht sind, und hoffen von ihnen, so möchten sich, sobald freiere Diskussion möglich ist, d.h. vom Oktober ab, zu *prinzipiellen Spaltungen* erweitern. So schreibt ein führendes Blatt der Nationalliberalen, die „Nat.-Lib.-Correspondenz“:

„Die bevorstehende Aufhebung des Sozialistengesetzes und die damit eröffnete Aussicht auf das Erscheinen miteinander konkurrierender sozialdemokratischer Blätter wirft ihre Schatten auch auf das Berliner Amtsblatt der Sozialdemokratie, das „Volksblatt“, voraus. Schon vor Wochen ist es Herrn Bebel einmal gründlich misslungen, dieses Organ in einer Volksversammlung gegen die Angriffe der „Nichtsanften“ wirksam zu verteidigen. Es wurde trotz der Anstrengungen des Parteiführers ein Beschluss gefasst, welcher auf einen scharfen Tadel des „Volksblattes“ hinauslief. In einer vergangene Woche abgehaltenen Versammlung des Fachvereins der Schlosser haben sich die Angriffe wiederholt. Das „Volksblatt“ äußert sich, wie es auch anlässlich des ersten Falles getan, nur sehr diskret über das Vorkommnis. Es geht aber aus seinen Berichten soviel hervor, dass gegen dasselbe der Vorwurf der Parteilichkeit bei Abfassung von Versammlungsberichten erhoben worden ist. Wenn die „Unsanften“ erst ein „unabhängiges“ Organ haben werden, darf man sich auf ein recht unsanftes Zutagetreten der Meinungsverschiedenheiten und Antipathien innerhalb der Sozialdemokratie gefasst machen, vielleicht, dass schon der erste Tag nach Ablauf des Sozialistengesetzes die bestehende Disharmonie zu allgemeinem Gehör bringt. Die Parteileitung empfiehlt den 1. Oktober ohne lärmende Kundgebungen verstreichen zu lassen, die von Herrn Schippel beeinflussten Berliner „Entschiedenens“ hingegen wollen den Tag als einen allgemeinen „Arbeiter-Siegstag“ festlich begehen. Man muss abwarten; am 1. Mai hat Herr Schippel mit der Meuterei gegen die Parteileitung wenig Glück gehabt. Übrigens macht sich Meldungen aus Dresden zufolge auch dort gegen Herrn Bebel und die sozialdemokratische Parteileitung überhaupt eine starke Bewegung geltend.“

Was zunächst das Gerücht von einem „Arbeiter-Siegstag“ am 1. Oktober betrifft, so kann ich aus bester Quelle mitteilen, dass Genosse Max Schippel nicht im Geringsten zu einer Feier angeregt hat. Dieselbe würde auch wenig am Platze sein. Durchaus *nicht* verdient jedenfalls die Veränderung unserer Beziehungen zur „Hochwohlloblichen“ gefeiert zu werden; denn nur ein *Hund* wedelt, wenn sein Herr aufhört, ihn zu prügeln; und überdies haben wir Grund, zu erwarten, dass im Herbst der Knüttel nur deshalb niedergelegt wird, um – dem Stocke Platz zu

machen. In unserer Stimmung zum 1. Oktober irren sich also die Bürger.

Und nun zur „Spaltung“ nach Ablauf des Sozialistengesetzes! Die beständigen Gerüchte hierüber in der bürgerlichen Presse haben fast ein Teil unserer Genossen angesteckt. Mit einer Anwandlung von Zagen blicken daher manche derselben in die nächste Zukunft. Zuweilen vernehme ich die Äußerung: „Wir wollen möglichst schweigen und unsere Differenzen im Verborgenen beilegen; sonst gereichen wir unseren bürgerlichen Gegnern zum Vergnügen.“ Ich bin aber der Meinung, dass wir letzteren immerhin das Vergnügen lassen können, dass wir keineswegs Heimlichkeit der Verhandlung nötig haben, dass im Gegenteil Öffentlichkeit uns nützen wird, indem sie nämlich die Klärung der Köpfe beschleunigt. Drum möchte ich hier über gewisse delikate Gegenstände mich ein wenig aussprechen, auf die Gefahr hin, als ein „Enfant terrible“ der Partei verschrien und von den Wespen, in deren Nest ich greife, gestochen zu werden.

Das Gesetz, welches am 1. Oktober begraben wird, hat für unsere Partei außer den allbekannten Vorteilen und Nachteilen noch folgende Wirkungen gehabt:

Unter seiner Drohung entzogen sich manche Vorgänge in der Partei der Öffentlichkeit und somit der öffentlichen Kritik. In den Händen einzelner Personen pflegten gewisse Machtbefugnisse zu ruhen – ein Umstand, welcher das persönliche Element vielfach vor das sachliche treten ließ. Es ist nicht zu leugnen, dass in solcher Weise persönlicher Ehrgeiz und private Interessen zuweilen über Gebühr zur Geltung gelangten, und dass hie und da Autoritäten entstanden bloß auf Grund tüchtiger Gesinnung und Zuverlässigkeit oder eines Martyriums, nicht aber auf Grund bewährter Geisteskraft. Rechnet man zu dieser Wirkung noch das Spitzeltum und das dadurch gezüchtete Misstrauen, so kann man jenem Satze, welcher in vielen Gesprächen unterrichteter Parteigenossen gewissermaßen den stimmungsvollen Kehrreim bildete, die Berechtigung nicht absprechen: „Das Schlimmste, was uns das Sozialistengesetz gebracht hat, ist die Korruption.“

Wohl vielfach unter dem Zwange des Sozialistengesetzes und zugleich unter der Last ihrer parlamentarischen Geschäfte hat unsere Fraktion die Arbeiterbewegung in Berlin und auch wohl anderwärts etwas vernachlässigt. Das war allerdings in gewisser Beziehung den Arbeitern ganz heilsam, insofern nämlich, als sie hierdurch zur Selbständigkeit angeregt wurden. Diese Wirkung ist eine wesentliche Ursache der berüchtigten Uneinigkeit am 1. Mai. In ihrer Selbständigkeit hatten große Arbeitermassen schon viele Monate vor dem Demonstrationstage in Vereinen, Versammlungen und Werkstätten beschlossen, die Arbeit ruhen zu lassen. Und nun, nachdem die Bewegung flott im Gange war, versuchte die Fraktion zu spät die Führung wieder zu erhalten und begann plötzlich zu bremsen – wohl aus Besorgnis eine Arbeitseinstellung möchte Ausschreitungen hervorrufen, welche Anlass zur Verlängerung des Sozialistengesetzes geben könnten. Die Zerfahrenheit der deutschen Arbeiter am 1. Mai ist also, weit entfernt die

Schwäche unserer Bewegung zu erweisen, gerade ein Zeichen ihrer Kraftsteigerung, nämlich ihrer beginnenden *Selbständigkeit*, ohne welche freilich der Konflikt am 1. Mai vermieden wäre. Der 1. Mai ist somit für die Autoritäten und Autoritätsgläubigen unserer Partei eine Warnungstafel, welche im Verein mit den übrigen seither aufgerichteten Täfelchen die Lehre verkündet: Die deutsche Sozialdemokratie hat nicht bloß an Masse, sondern auch an Selbständigkeit und geistiger Reife derart zugenommen, dass sie von denjenigen Leuten, welche Einfluss darauf ausüben möchten, anders behandelt werden muss, als dies noch vor fünf Jahren geschehen konnte.

„Anders behandelt werden? Was soll das heißen?“ – Nun, ich meine Folgendes: Von manchen „Führern“ wird eine straffe „Unterordnung“ verlangt. Wenn aber Unterordnung etwas anderes bedeutet, als Rücksichtnahme auf die Einigkeit unserer Partei und Übergehen kleiner Meinungsunterschiede, wenn Unterordnung das unterwürfige Verschweigen einer von den „Führern“ nicht gebilligten, wenn auch innerhalb des Parteiprogrammes befindlichen Ansicht bedeutet – so ist das Verlangen nach solcher Unterordnung entweder nur die Äußerung einer persönlichen krankhaften Gereiztheit und Herrschsucht, oder aber eine durchaus falsche Taktik, gegen welche Protest erhoben werden muss. Wir dürfen nicht gestatten, dass diejenige Duldsamkeit auf dem Gebiete der Meinungen verletzt werde, ohne welche unsere Bewegung aufhört, *Sozialdemokratie* zu sein. Wir müssen verhüten, dass die Freiheit des Gedankenaustausches irgendwie, sei es durch Drohung oder Lockung, beeinträchtigt werde. Wie nach dem Aussprüche eines alten Weisen der Streit der Vater aller Dinge ist, so führt gerade die ungehinderte Diskussion zum geistigen Fortschritte, während Beeinflussung denselben schwer behindert. Ein „Führer“, welcher politische Subordination verlangt, züchtet sich einen Hofstaat schmeichelnder Streber heran, nicht aber freie, offene, mutige Männer, wie wir sie brauchen. Und was hier von Menschen gesagt ist, gilt auch von Blättern. *Unabhängigkeit* ihrer Zeitungen tut unserer Partei dringend not. Freilich ist ein Zentralorgan sehr wünschenswert. Doch darf die Ausstrahlung gewisser Kundmachungen von einem Zentrum aus nicht in Uniformierung und Intoleranz ausarten. Deshalb sollen die Genossen, so lange es noch Zeit ist, etwas durchzusetzen, energisch darauf dringen, dass nach dem 1. Oktober, der unserer Partei bekanntlich einen Kongress beschere wird, mindestens diejenigen unserer unabhängigen Organe, welche sich bewährt haben, ungeschmälert bestehen bleiben.

Dies ist auch aus dem Grunde zu wünschen, weil gerade diese unabhängigen Organe in löblicher Weise beflissen waren und sind, unserer Bewegung neue geistige Anregungen zu geben. Man beantworte einmal ehrlich die Frage: Welche Blätter sind es, die in einer Zeit, wo unsere Partei an der Ruhe des Sumpfes kränkelte, wo der gewerkschaftliche Kampf fast die einzige Lebenstätigkeit war, Anregungen zur Vertiefung unserer Anschauungen gaben, und welche auch die gegenwärtige Schwüle durch den frischen Windhauch einer prinzipiellen Polemik unterbrechen? –

Und nun sollen unabhängige Blätter, wie beispielsweise die Berliner „Volks-Tribüne“, die „Sächsische Arbeiterzeitung“ verschwinden, anderen Blättern zu Liebe, bei denen teils die Unabhängigkeit, teils die Leistungsfähigkeit, teils auch die Zahl der Leser noch in Frage steht? – Das wäre ein Missgriff!

Hoffen wir von dem 1. Oktober – oder besser trachten wir danach – dass er uns ein derartiges Kuckucks-Ei nicht ins Nest lege, sondern im Gegenteil Zustände beschere, welche das Urteilen und Handeln der Genossen noch selbständiger, den Meinungsaustausch noch freier, die Ideen unserer Zeitungen, Schriften und Redner üppiger und schwungreicher, dagegen Autoritäten-Herrschaft, Personenkultus und Cliqueswesen unmöglich oder doch schwierig machen!

Quelle: www.geschichtevonunten.de
Zuletzt aktualisiert: 19.09.2010